

## Europa-Info-Mail

für das Münsterland. März 2010

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

Griechenland, Griechenland und immer wieder Griechenland. Diese Debatte führt uns sehr drastisch vor Augen, wie sensibel die Stabilität von Währung und Staatsfinanzen sind. Wenn sich nicht jeder strikt an die Zugangskriterien und Schuldenbegrenzung hält, läuft das System aus dem Ruder und verstärkt die Schocks der Finanzkrise. Deshalb darf es weder eine Euro-Anleihe noch Kredite noch Bürgschaften der Euro-Länder für Griechenland geben. Anstatt so Euros nach Athen zu tragen macht ein Europäischer Währungsfonds mehr Sinn. An entsprechende Hilfen ließen sich umfangreiche Auflagen wirkungsvoller knüpfen, als es über zwischenstaatliche Regeln und den Ministerrat bislang der Fall ist.

Wer systematisch betrügt und über seine Verhältnisse lebt, schadet denen, die solide gewirtschaftet haben. Griechenland wird sich deshalb gefallen lassen müssen, dass finanzielle Hilfen nur im absoluten Notfall in Betracht kommen. Und das Land wird im Fall der Fälle akzeptieren müssen, einen Teil seiner nationalen finanzpolitischen Souveränität an europäische Aufsichts- und Kontrollinstitutionen abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**  
[www.markus-pieper.eu](http://www.markus-pieper.eu)

**Dr. Markus Pieper, MdEP**

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel  
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05  
[markus.pieper@europarl.europa.eu](mailto:markus.pieper@europarl.europa.eu) . [www.markus-pieper.eu](http://www.markus-pieper.eu)

# Europa-Info-Mail

für das Münsterland. März 2010

Dr. Markus Pieper, MdEP

## Inhaltsverzeichnis (1)

<b>Thema des Monats</b>	<i>Seite 4</i>
_ Europa 2020: Widersprüche	
<b>Aus den europäischen Institutionen</b>	<i>Seite 5</i>
_ Haiti erhält 100 Millionen Euro zum Wiederaufbau	<i>Seite 5</i>
_ Bessere Ausstattung und klare Kompetenz für Frontex	<i>Seite 5</i>
_ Ihre Rechte in Europa: Bürgerberatung der Kommission	<i>Seite 5</i>
_ "EU-PILOT" - schnelle Antworten für Bürger	<i>Seite 6</i>
<b>Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz</b>	<i>Seite 7</i>
_ Deutschland darf Landwirten helfen	<i>Seite 7</i>
_ Eine Millionen Euro für deutsches Milchprogramm	<i>Seite 7</i>
_ EU-Kommission: Gen-Anbau nationale Entscheidung	<i>Seite 7</i>
_ Grünbuch zum Waldschutz	<i>Seite 8</i>
_ Einheitliche Netzteile für Laptops	<i>Seite 8</i>
_ EU setzt freie Wahl der Webrowsers durch	<i>Seite 9</i>
_ Europaweiter Notruf 112 noch weitgehend unbekannt	<i>Seite 9</i>
_ Deutlichere Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten	<i>Seite 9</i>
<b>Wirtschaft, Energie und Verkehr</b>	<i>Seite 10</i>
_ EU-Gelder für entlassene Karmann-Mitarbeiter in Rheine	<i>Seite 10</i>
_ Feinstaubgrenzwerte: Aufschub für NRW	<i>Seite 10</i>
_ Eigenkapital: EU-Kommission zieht Lehren aus Finanzkrise	<i>Seite 10</i>
_ Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum - wirtschaftlicher Niedergang	<i>Seite 11</i>
_ Wirtschaftsförderung: Germany Trade & Invest	<i>Seite 11</i>
_ EU-weite Anerkennung von Berufsqualifikationen verbessert	<i>Seite 11</i>
_ Neue Fahrgastrechte für Bahnreisende ab jetzt EU-weit	<i>Seite 12</i>
<b>Kommunales</b>	<i>Seite 13</i>
_ Neues EU-Vergaberecht	<i>Seite 13</i>
_ Stadtentwicklung	<i>Seite 13</i>

# Europa-Info-Mail

*für das Münsterland. März 2010*

**Dr. Markus Pieper, MdEP**

## *Inhaltsverzeichnis (2)*

<b>Förderung und Termine</b>	<i>Seite 14</i>
_Jungunternehmer-Förderung	<i>Seite 14</i>
_Europa fördert Kultur	<i>Seite 14</i>
_Vorankündigung NRW Wettbewerbs Science-to-Business	<i>Seite 14</i>
_Wettbewerb IKT-NRW	<i>Seite 14</i>
_Spitzentechnologie im Münsterland - Hightech.NRW	<i>Seite 15</i>
<b>Bildung und Soziales</b>	<i>Seite 16</i>
_Unterhaltsansprüche	<i>Seite 16</i>
_Hochschulranking	<i>Seite 16</i>
<b>Regionales</b>	<i>Seite 17</i>
_Arbeit für das Münsterland	<i>Seite 17</i>
_Zu Besuch in Straßburg und Brüssel	<i>Seite 17</i>
<b>Zu guter Letzt ...</b>	<i>Seite 18</i>
_Rückblick: was hat die EU im letzten Jahr für Sie erreicht?	<i>Seite 18</i>

## Thema des Monats

### Europa 2020 - die Widersprüche der neue Offensive für Wachstum und Arbeitsplätze

Die neue Wirtschaftsstrategie der EU-Kommission nennt sich "EU 2020" und ist der Nachfolger der "Lissabon Strategie". Deren Ziel war die Erschaffung eines dynamischen, wissensbasierten EU - Wirtschaftsraumes bis zum Jahr 2010. Die neue Strategie soll nun, mittels drei Schlüsselementen, die EU bis 2020 nachhaltig wettbewerbsfähig machen und das Wirtschaftswachstum fördern:

1. intelligentes Wachstum (Förderung von Wissen, Innovation und Bildung sowie der digitalen Gesellschaft),
2. nachhaltiges Wachstum (ressourceneffizientere Produktion bei gleichzeitiger Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit) und
3. integratives Wachstum (Erhöhung der Beschäftigungsquote, Qualifizierung und Bekämpfung der Armut).

Ebenso sind fünf konkrete Zielvorgaben (zum Beispiel Steigerung der Erwerbstätigenrate auf 75% oder Reduzierung der Treibhausgase um 20%) in der EU 2020 Strategie festgelegt und zeigen auf, wo Europa im Jahr 2020 stehen sollte.

Ich kritisiere diesen planwirtschaftlichen und bürokratischen Ansatz. Zudem lässt die neue Wirtschaftsstrategie der EU-Kommission Kernbestandteile der Wettbewerbsfähigkeit außen vor. Eine Strategie, die Arbeitsplätze auf dem Reißbrett schaffen will und einseitig auf 'grüne Technologien' setzt, wird genauso scheitern wie die vorangegangene Lissabon Strategie. Die Zeiten von Zehnjahresplänen gehören in der EU eigentlich der Vergangenheit an. Schließlich sind es nicht irgendwelche Zielvorgaben für Arbeitsplätze, die Beschäftigung schaffen, sondern es ist das wirtschaftliche Wachstum in den Ländern. Ein erzwungenes Beschäftigungsquorum ist absolut verfehlt. Papierberge und Berichtspflichten für Regierungen und Unternehmen hemmen nur das Wachstum, anstatt es über eine vernünftige Ordnungspolitik anzuregen. Wir müssen wieder das Unternehmensumfeld in den Mittelpunkt rücken. Weniger Vorschriften und eine Industriepolitik, die sich an der weltweiten Konkurrenz orientiert, sind hier das beste Rezept.

Klassische Industrie, produzierendes Handwerk und die Landwirtschaft finden in der aktuellen Strategie der Kommission kaum Beachtung, genau wie die Infrastruktur- und Wachstumsförderung der Strukturpolitik. Diese Kernbereiche der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik werden noch auf absehbare Zeit das Gros der Arbeitsplätze stellen. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU darf nicht nur auf vermeintliche "grüne Zukunftstechnologien" reduziert werden! Wir Parlamentarier müssen uns Zeit nehmen, über eine sinnvolle Wirtschaftsstrategie der EU nachzudenken. Dazu gehört auch eine gründliche Analyse der bisherigen Fehlentwicklungen.

## Aus den Europäischen Institutionen

### **Haiti erhält 100 Millionen Euro zum Wiederaufbau**

Europa leistet einen weiteren Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Erdbeben auf Haiti. Die EU-Kommission kündigte heute an, mit 100 Millionen Euro die Wiederherstellung der Infrastruktur des Landes zu unterstützen. Mit diesem Geld werden wesentliche Einrichtungen zur Grundversorgung der Bevölkerung darunter Schulen, Verwaltungsgebäude und Zivilschutz finanziert. Hauptziel ist, das vorläufige Funktionieren des Staates wiederherzustellen. Dadurch können Gehälter ausgezahlt, das Bildungssystem gefestigt und die Hauptstraßenverbindungen von Port-au-Prince wiederhergestellt werden. Die mit der haitianischen Regierung abgestimmten Hilfsleistungen werden bis Mai laufen. Sie sind der erste Teil von insgesamt über 300 Millionen Euro, die der Außenministerrat am 18. Januar als Hilfspaket für Haiti beschlossen hatte.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9027\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9027_de.htm)

### **Bessere Ausstattung und klare Kompetenzen für Frontex**

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll besser ausgestattet werden. Zudem soll eine klare Aufteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten die Handlungsfähigkeit stärken. Frontex wurde 2005 mit Sitz in Warschau geschaffen, um die Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen zu koordinieren. Zur Erhöhung der operativen Kapazität sollen für gemeinsame Grenzpatrouillen aus einem Pool von Geräten der Mitgliedsstaaten die geeigneten technischen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, z.B. Boote und Flugzeuge. Die Agentur soll zudem in der Lage sein, schrittweise eigene Ausrüstung anzuschaffen. Des Weiteren sieht der Vorschlag vor, dass alle Grenzschutzbeamten zum Thema Grundrechte geschult sein müssen. So soll garantiert werden, dass im Umgang mit allen Einwanderern die Grundrechte gewahrt bleiben. Die Vorschläge müssen nun vom Parlament und im Rat diskutiert und angenommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/184&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

### **Ihre Rechte in Europa: Bürgerberatung der Europäischen Kommission**

Über ihre Rechte in Europa können sich Bürger in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin persönlich beraten lassen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, sich online oder telefonisch zu informieren. Schwerpunkte des Beratungsservices sind Themen wie Wohnortwechsel, Aufenthaltsrecht, Sozialversicherung, Anerkennung von Diplomen und Berufsabschlüssen, Führerscheinregelungen, Kfz, Steuern, Verbraucherrechte und Rechtsschutzfragen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8878\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8878_de.htm)

## Aus den Europäischen Institutionen

### **"EU-PILOT" – schnelle Antworten für Bürger und Unternehmen**

Probleme von Bürgern und Unternehmen bei der Anwendung des EU-Rechts werden seit 2008 mit dem Projekt "EU-Pilot" schnell und einfach gelöst. Heute zog die Europäische Kommission eine positive Bilanz. Kommissionspräsident José Manuel Barroso schlug vor, das Projekt von bislang 15 Mitgliedsländern (darunter Deutschland) auf alle 27 Mitgliedstaaten auszuweiten. Das Projekt EU-Pilot wurde am 15. April 2008 gestartet und soll Bürgern und Unternehmern schneller und umfassender Antworten auf Fragen und Lösungen für Probleme liefern, die sich aus der Anwendung des Gemeinschaftsrechts ergeben und eine Klarstellung der rechtlichen Lage in einem Mitgliedstaat erfordern. Die Mitgliedstaaten stellen Erläuterungen oder Lösungen innerhalb kurzer Zeit bereit. Die Kommissionsdienststellen prüfen diese Antworten und entscheiden dann über weitere Maßnahmen zur Durchsetzung des EU-Rechts. 15 Mitgliedstaaten sind an dem Projekt auf freiwilliger Basis beteiligt: Dänemark, Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Vereinigtes Königreich. Bis Februar 2010 wurden in den ersten 22 Monaten des Bestehens von EU-Pilot 723 Dossiers bearbeitet. Eine weitere Bewertung von EU-Pilot ist für 2011 vorgesehen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9030\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9030_de.htm)

## Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

### **Deutschland darf Landwirten helfen**

Deutschland darf seinen Landwirten mit Beihilfen von bis zu 15.000 Euro über die Krise helfen. Die EU-Kommission billigte heute eine deutsche Beihilferegelung in Höhe von etwa 100 Millionen Euro. Die Regelung soll Landwirten helfen, die wegen der derzeitigen Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind. Aus den Daten, die die deutschen Behörden vorgelegt haben, geht hervor, dass der Rückgang der Erzeugerpreise im deutschen Landwirtschaftssektor zu Einkommensausfällen von etwa 6 Milliarden Euro geführt hat. Die Beihilfen nach dieser neuen Regelung können bis zum 31. Dezember 2010 gewährt werden und in Form von Direktbeihilfen, Zinszuschüssen, bezuschussten Darlehen oder bezuschussten Garantien erfolgen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8875\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8875_de.htm)

### **Eine Million Euro für deutsches Milchprogramm**

Um für Milch und andere Molkereiprodukte zu werben, stellt die EU-Kommission mehr als eine Million Euro für Deutschland zur Verfügung. Den Zuschlag erhielt die Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft für das dreijährige Milchprogramm "Karlotta unterwegs", das gemeinsam mit der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen und dem Milchwirtschaftlichen Verein Baden-Württemberg vorgeschlagen wurde. Die ehemalige Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer Boel sagte, die Lage auf dem Milchsektor habe sich seit dem Sommer verbessert, was zu einem großen Teil den EU-Maßnahmen zu verdanken sei. "Ich hoffe, dass sich durch diese zusätzlichen Absatzförderungsmaßnahmen die Marktlage weiter bessert."

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8963\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8963_de.htm)

### **EU-Kommission: Gen-Anbau nationale Entscheidung**

Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) soll in Europa neu geordnet werden. Künftig sollen die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, ob sie den Anbau einzelner Sorten zulassen wollen oder nicht. Bis zum Sommer will die Kommission einen Vorschlag machen, wie das bestehende, wissenschaftlich basierte EU-Zulassungsverfahren um nationale Entscheidungsfreiheiten ergänzt werden kann. Zudem hat die Kommission fünf Beschlüsse zu GVOs gefasst. So darf unter anderem die Gen-Kartoffel Amflora für industrielle Zwecke angebaut und als Futtermittel verwendet werden.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9026\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9026_de.htm)

## Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

### Grünbuch zum Waldschutz

Die Kommission hat ein Grünbuch zum Waldschutz vorgelegt und eine öffentliche Konsultation vom 01.03. bis 31.07.2010 eingeleitet. Das Grünbuch nennt die wichtigsten Herausforderungen, die die Wälder Europas im Kampf gegen den Klimawandel bewältigen müssen, gibt einen Überblick über die verfügbaren Schutzinstrumente und Waldinformationssysteme. Da forstpolitische Maßnahmen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, will die Kommission die Debatte auf die Frage konzentrieren, wie der Klimawandel die Bedingungen für die Waldbewirtschaftung und den Waldschutz in Europa verändert und in welche Richtung sich die politischen Maßnahmen der EU entwickeln sollten, um forstpolitische Initiativen der Mitgliedstaaten zu untermauern.

Im Rahmen der EU-Grünen Woche am 3. Juni in Brüssel, wird für interessierte Kreise ein Workshop organisiert. Darüber hinaus soll das Grünbuch auch auf einer Waldschutz-Konferenz am 6. und 7. April in Valsain, Spanien, erörtert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/207&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Öffentliche Konsultation :

[http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm)

### Einheitliche Netzteile für Laptops

Auf EU- Ebene sollen Netzteile für Notebooks und Laptops vereinheitlicht werden. Dafür hat sich der Petitionsausschuss des Bundestages am 24.02.2010 einstimmig ausgesprochen. Er hatte beklagt, dass gegenwärtig jeder Gerätetyp ein anderes Netzteil benötige und beschlossen, eine entsprechende Petition an das Europäische Parlament weiterzuleiten. Entsprechend der bereits beschlossenen Vereinheitlichung der Handynetzteile sei eine Harmonisierung von Netzteilen für Laptops und Notebooks angezeigt. Ein nationaler Alleingang, wonach in Deutschland nur die Vermarktung bestimmter Netzteile erlaubt werde, würde gegen die Grundsätze des freien Warenverkehrs in der EU verstoßen würde. Eine Harmonisierung müsse daher auf europäischer Ebene vorgenommen werden.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-will-einheitliche-Netzteile-fuer-Laptops-941273.html>

## Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

### **EU setzt freie Wahl des Webbrowsers durch**

Dank der europäischen Wettbewerbskontrolle muss Microsoft jetzt Internetnutzern Browser verschiedener Unternehmen zur Auswahl anbieten. Den meisten Nutzern von Windows-PCs, deren Standard-Webbrowser der Internet Explorer von Microsoft ist, wird seit Anfang März bis Mitte Mai ein Auswahlbildschirm angezeigt. Die Kunden können damit zwischen elf weiteren Webbrowsern wählen. Damit setzt Microsoft eine Verpflichtung um, um die Wettbewerbsbedenken der EU-Kommission zur Kopplung seines Webbrowsers Internet Explorer an sein marktbeherrschendes Betriebssystem Windows auszuräumen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9025\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9025_de.htm)

### **Europaweiter Notruf 112 noch weitgehend unbekannt**

In der gesamten EU sind unter der Notrufnummer 112 Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste erreichbar. Doch drei Viertel der EU-Bürger wissen nicht, dass sie im Notfall an jedem Ort in der EU die 112 wählen können. In Deutschland wissen dies nur 18 Prozent der Befragten einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage. Zum Europäischen Tag des Notrufs 112 hat Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Nummer in ihren Ländern besser bekannt zu machen: "Eine europaweit einheitliche Notrufnummer kann nur helfen, wenn die Menschen sie auch kennen. Am Europäischen Tag des Notrufs 112 fordere ich die Mitgliedstaaten auf, noch mehr zu tun, um ihre Bürger über die 112 - die Nummer, die Leben retten kann - zu informieren."

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8997\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8997_de.htm)

### **Deutlichere Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten**

Der Ausschuss für Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments plädierte für eine bessere Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten. Der Europaabgeordnete aus dem Münsterland Markus Pieper (CDU) begrüßt diese Forderung. "Lebensmittelimitate führen Verbraucher ganz bewusst in die Irre. Dagegen müssen wir vorgehen! Nur eine klare Kennzeichnung der Imitate auf der Vorderseite der Verpackungen schützt die Verbraucher zuverlässig vor Täuschungen."

## Wirtschaft, Energie, Verkehr

### **EU-Gelder für entlassene Karmann-Mitarbeiter in Rheine und Osnabrück**

Insgesamt 6,2 Millionen Euro sind vom Haushaltsausschuss des Europaparlaments zur Unterstützung für entlassene Mitarbeiter des Automobilzulieferers Karmann genehmigt. Der Europabgeordnete Markus Pieper (CDU) aus dem Münsterland erläutert: "Mit dem Geld aus dem EU-Globalisierungsfonds für etwa 1.800 ehemalige Mitarbeiter können Umschulungen oder andere Weiterbildungsmaßnahmen finanziert werden. Hier zeigt sich ganz konkret, wie die Europäische Union den Menschen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hilft."

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/034-69386-054-02-09-905-20100223IPR69385-23-02-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-69386-054-02-09-905-20100223IPR69385-23-02-2010-2010-false/default_de.htm)

### **Feinstaubgrenzwerte: Aufschub für Nordrhein-Westfalen und Sachsen**

Deutschland erhält mehr Zeit für die Einhaltung der EU-Vorschriften über Luftqualität. Der heutige Kommissionsbeschluss betrifft fünf Luftqualitätsgebiete in Nordrhein-Westfalen und Sachsen: der Ballungsraum Köln, Aachen, Warstein, Grevenbroich und Leipzig. Diese Gebiete sind nun bis zum 11. Juni 2011 von der verpflichtenden Einhaltung der PM10-Grenzwerte ausgenommen. Deutschland hatte eine entsprechende Fristverlängerung beantragt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/259&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **Eigenkapital: EU-Kommission zieht weitere Lehren aus der Finanzkrise**

Mit strengeren Vorschriften für das Finanzsystem will die Europäische Kommission eine Wiederholung der Finanzkrise verhindern. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier stellte heute erste Pläne für neue Eigenkapitalvorschriften für Finanzinstitute vor, damit deren Kunden auch bei wirtschaftlichen Turbulenzen geschützt sind. „Wir müssen aus der Krise alle notwendigen Lehren ziehen“, erklärte Barnier zum Start einer öffentlichen Konsultation zu einer eventuellen Änderung der Eigenkapitalvorschriften. "Es ist unverzichtbar, dass wir die Finanzinstitute noch solider machen und neue Regeln einführen, damit wir für künftige Krisen besser gerüstet sind." Bis zum 16. April können sich alle Interessierten an der Konsultation beteiligen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9020\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9020_de.htm)

## Wirtschaft, Energie, Verkehr

### Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum = wirtschaftlicher Niedergang?

Der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum bedeutet nicht zwingend den wirtschaftlichen Niedergang. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Generaldirektion Regionalpolitik, die als Kurzpapier am 18.02.2010 vorgelegt worden ist. Das Dokument verweist auf grundlegend verschiedene Muster wirtschaftlicher Entwicklung im Hinblick auf Erhöhungen des BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2006. In der EU-15 erhöht sich das BIP/Kopf am meisten in ländlichen Regionen, während es in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) in städtischen Regionen den größten Zuwachs verzeichnete. In den MOEL gehen wirtschaftliche Aufholphase und Bevölkerungsrückgang Hand in Hand, wohingegen in der EU-15 wirtschaftliche Niedergänge unabhängig von Bevölkerungsveränderungen stattfinden.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/newsroom/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/newsroom/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/focus/2010\\_01\\_population\\_decline.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/focus/2010_01_population_decline.pdf)

### Wirtschaftsförderung: Germany Trade & Invest

Germany Trade & Invest ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Aufgabe ist das Marketing für den Wirtschafts-, Investitions- und Technologiestandort Deutschland einschließlich der Investorenanwerbung. Die Gesellschaft berät ausländische Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt ausdehnen wollen. Sie unterstützt mit Außenwirtschaftsinformationen deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen. Es besteht eine strategische Zusammenarbeit mit dem weltweiten Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern, so dass potentielle Investoren jeweils vor Ort eine Anlaufstelle mit besonderer Marktkenntnis haben.

<http://www.gtai.com/startseite/>

### EU- weite Anerkennung von Berufsqualifikationen verbessern

Die EU-Kommission will Berufstätige besser über die Anerkennung ihrer Qualifikationen in anderen EU-Mitgliedstaaten informieren. Dazu hat sie einen entsprechenden Leitfaden veröffentlicht. Gleichzeitig mahnte die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zu einer vollständigen Umsetzung der Richtlinie über Berufsqualifikationen. Dazu erklärte EU-Binnenmarkt- und Dienstleistungskommissar Charlie McCreevy: „Der Benutzerleitfaden liefert berufstätigen Personen wichtige praktische Informationen darüber, wie sie ihre Rechte im Binnenmarkt ausüben können. Hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinie ersuche ich alle Mitgliedsstaaten, die diese noch nicht abgeschlossen haben, sicherzustellen, dass sie so schnell als möglich in Kraft gesetzt wird.“

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8915\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8915_de.htm)

## Wirtschaft, Energie, Verkehr

### **Neue Fahrgastrechte für Bahnreisende ab jetzt EU-weit**

Bahnkunden sind ab sofort durch neue Rechte EU-weit geschützt. Ab heute gilt europa-weit die neue Fahrgastrechte-Verordnung im Eisenbahnverkehr, die erstmals grundlegende Rechte von Reisenden festschreibt und Bahnreisenden einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Entschädigung bei Verspätungen sichert. In Deutschland gelten die neue EU-Fahrgastrechte für Bahnreisende bereits ab 29. Juli 2009, nachdem ein deutsches Gesetz die Umsetzung vorweggenommen hatte. EU-Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani, zuständig für Verkehr, sagte: „Nach den Reisenden im Luft- und im Schienenverkehr geht es für uns als nächstes darum, auch Bus- und Schiffsreisende durch entsprechende Rechte zu schützen.“ Jedes Jahr nutzen annähernd acht Milliarden Reisende die Bahn.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8903\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8903_de.htm)

## Kommunales

### Neues EU- Vergaberecht

Der Lissabonvertrag hat die Gemeinden gestärkt, und dies muss auch im Vergaberecht Berücksichtigung finden. Das ist die Kernaussage des Initiativberichts, der dem Parlament am 05.02.2010 vorgelegt wurde. Er geht auf 15 Seiten auf die neusten Entwicklungen im EU-Vergaberecht und auf alle aktuell diskutierten Fragen ein, z.B. die nach der Zulässigkeit städtebaulicher Verträge. Hervorgehoben wird, dass u.a. durch die jüngste kommunalfreundliche Rechtsprechung des EuGH genügend Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber in den Bereichen Dienstleistungskonzessionen, öffentlich-private Partnerschaften sowie interkommunaler Kooperationen bestehe. Kritisiert wird die ausufernde Komplexität der EU- dominierten Vergaberegeln, die insbesondere von kleineren Kommunen und Unternehmen nur noch mit hohem Aufwand bewältigt werden können. Die Berichterstatterin hält die von der Kommission angekündigte Revision der Vergaberichtlinie für derzeit verfrüht, erklärt aber, dass sie ggf. nur unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen dürfe. Die kommunalen Spitzenverbände sprachen sich in der Anhörung im Binnenmarktausschuss gegen weitere rechtliche Regelungen aus. Die Kommunen bräuchten Flexibilität bei der Aufgabengestaltung, Transparenz, Rechtssicherheit und Verfahrenseffizienz. All diese Voraussetzungen seien bereits gegeben. Die abschließende Abstimmung über den Bericht ist im Plenum für den 17. Mai 2010 vorgesehen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-438.513+01+DOC+PDF+V0//DE&language=EN>

### Stadtentwicklung

Die Kohäsionspolitik unterstützt die Revitalisierung von Europas Städten. In einem Leitfaden zu der städtischen Dimension in den EU-Politiken werden Initiativen und deren Auswirkungen im Bereich der Stadtpolitik erläutert, und es wird über Finanzierungsmöglichkeiten informiert.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/guides/urban/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_en.htm)

## Förderung und Termine

### **Jungunternehmer- Förderung**

Die EU fördert den Aufenthalt von Jungunternehmern bei erfahrenen Gastunternehmern. In einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten erhalten Unternehmensgründer die Möglichkeit, die für die Leitung eines kleinen oder mittelgroßen Unternehmens (KMU) erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben. In diesem Zeitraum sollen sie das für die Gründung und Leitung eines KMU relevante Fachwissen in folgenden Bereichen erwerben: finanzielles und operationelles Management, Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen, erfolgreiche Vertriebs- und Marketingstrategien, Europäisches Handelsrecht und der Europäische Binnenmarkt. Die Kommission übernimmt Reise- und Aufenthaltskosten, die je nach Gastlandwahl bis zu 1.100 Euro pro Monat betragen.

<http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/index.php?lan=de>

### **Europa fördert Kultur**

Es gibt offizielle Kontaktstellen für die Kulturförderung in der EU. Die in allen Mitgliedstaaten bestehenden nationalen Kontaktstellen beraten bei europäischen Kooperationsprojekten. Das spartenübergreifende Programm der EU (2007-2013) fördert europäische Kooperationen der verschiedensten Kultureinrichtungen – u.a. Theater, Museen, Forschungszentren, Hochschulen, Behörden, aber auch Unternehmen der Kulturindustrie, sofern diese Projekte keinen Gewinn erzielen – Betriebskostenzuschüsse sowie Studien & Analysen.

<http://www.ccp-deutschland.de/>

### **Vorankündigung zum Wettbewerb "Transfer.NRW Science-to-Business Pre-Seed" - 3. Wettbewerbsrunde**

Am 22. März 2010 wird zum 3. Mal der Wettbewerb „Science-to-Business PreSeed“ des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerufen. Der Wettbewerb Science-to-Business PreSeed soll es den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, aus exzellenten Forschungsergebnissen Prototypen zu entwickeln, innovative Ideen und Erfindungen voranzutreiben und diese in Kooperation mit der Wirtschaft oder durch Gründung eigener Unternehmen umzusetzen.

[http://www.ziel2.nrw.de/0\\_2\\_Aktuelles/2010\\_03\\_08\\_Transfer\\_PreSeed\\_3\\_Infoveranstaltungen/index.php](http://www.ziel2.nrw.de/0_2_Aktuelles/2010_03_08_Transfer_PreSeed_3_Infoveranstaltungen/index.php)

## Förderung und Termine

### **Vorankündigung zum Wettbewerb IKT.NRW**

Der Ideenwettbewerb wird aus Fördermitteln der EU und des Landes NRW finanziert und will die zukunftsorientierte Branche der Informations- und Kommunikationstechnologie stärken und für den internationalen Wettbewerb fit machen. Ob mittelständische Unternehmen oder wissenschaftliche Einrichtungen: Im Rahmen des Clusters NRW.IKT fördert das Land Nordrhein-Westfalen die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktgerechte Produkte, insbesondere technologische und anwendungsbezogene Innovationen der Bereiche IT-Security, Breitband und Navigation. In einem ersten Schritt soll bis zum 14. Juni die Projektidee in einer Skizze dargelegt werden. In einem weiteren Schritt können für positiv begutachtete Skizzen entsprechende Förderanträge gestellt werden. Im März finden Workshops zur Wettbewerbsteilnahme in verschiedenen Städten statt.

[http://www.ziel2.nrw.de/0\\_2\\_Aktuelles/2010\\_03\\_03\\_IKT\\_2\\_Infoveranstaltungen/index.php](http://www.ziel2.nrw.de/0_2_Aktuelles/2010_03_03_IKT_2_Infoveranstaltungen/index.php)

### **Europäische Mittel für Spitzentechnologie im Münsterland Hightech.NRW - Wettbewerb gestartet**

Mit Unterstützung aus europäischen Mitteln fördert das Land herausragende Forschungs- und Technologiekompetenz und wertet damit den Innovationsstandort NRW weiter auf. Gefördert werden Entwicklungen, die Grundlagen schaffen für innovative Produkte, Verfahren oder Technische Dienstleistungen ohne Einschränkung auf spezifische Branchen oder Technologien.

[http://www.innovation.nrw.de/forschung\\_technologieforderung/wettbewerbe/Hightech\\_NRW/index.php](http://www.innovation.nrw.de/forschung_technologieforderung/wettbewerbe/Hightech_NRW/index.php)

## Bildung und Soziales

### Unterhaltsansprüche

Unterhaltsansprüche von Kindern und Familienangehörigen können international leichter durchgesetzt werden, nachdem das Parlament am 11.02.2010 einem entsprechenden Übereinkommen zugestimmt hat. Dabei geht es u.a. um Musterformulare, die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene und vor allem um Regeln für die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln in Unterhaltssachen. Neben den internationalen Vorschriften gibt es innergemeinschaftlich weitergehende Regeln. Danach können ab 2011 z.B. Unterhaltsansprüche in jedem Mitgliedstaat ohne weiteres Anerkennungsverfahren vollstreckt werden. Kindern unter 21 Jahren wird für die Einklagung und Durchsetzung ihrer Ansprüche kostenloser Rechtsbeistand gewährt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0027&format=XML&language=DE>

### Hochschulranking

Künftig sollen sich Studierende, Forscher und Lehrkräfte ein präziseres Bild von jeder Hochschule machen können. Ein erster Schritt ist ein für 2011 angekündigter Bericht über die weltweit erscheinenden Hochschulrankings. Darin soll nicht nur ein Überblick über die bestehenden sehr unterschiedlichen nationalen und internationalen Rankings enthalten sein, sondern diese auch analysiert und kritisch kommentiert werden. Darüber hinaus plant die Europäische Universitätsvereinigung (EUA), neben diesem jährlichen Bericht ein jährliches Klassifizierungsseminar zu organisieren.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt die Kommission mit einem Pilotprojekt, dessen Ergebnis Mitte 2011 vorliegen soll. Dabei geht es um ein weltweites Hochschulranking, bei dem nicht nur die Forschungsleistung der Universitäten, sondern auch die Qualität der Lehre und der Wissenschaftskommunikation verglichen werden. Die bestehenden Rankings erfüllen diesen Zweck nicht, da der Schwerpunkt zumeist auf bestimmten Aspekten der Forschung und auf der Hochschuleinrichtung als Ganzes liegt, nicht auf den einzelnen Studiengängen und Fächern. Mit dem neuen Ansatz soll es Studierenden und Forschern leichter fallen, fundierte Entscheidungen darüber zu treffen, wo und was sie studieren und wo sie arbeiten wollen.

<http://www.eua.be/eua-news/view-item/article/1004/>

## Regionales

### Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- FH Steinfurt, Vortrag zum Thema "Energieeffizienz"
- Gemeinde Legden, Auftaktveranstaltung zum Gesundheitspräventionszentrum (gefördert aus EU-Sozialfonds)
- FMO Greven, Journalistenfrühstück zum Thema "Agrar- und Strukturpolitik für das Münsterland"
- Lotte, Veranstaltung mit den Lotter Schützen zum "Europäischen Schützenwesen"
- Osnabrück, IHK Regionalkonferenz zur West-Ost-Achse und den transnationalen Netzen
- Schulbesuche in MS-Kinderhaus und Stadtlohn zum Thema "Europa und der Lissabonvertrag"
- Kreishaus Burgsteinfurt, Fachgespräch zum Thema "Wettbewerbsrecht und DSL-Versorgung"
- Besuch von CDU-Ortsverbänden und CDU-Vereinigungen u. a. in Münster, Lotte, Warendorf, Altenberge, Recke, Saerbeck, Mettingen

### Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Mitglieder der Senioren Union Senden
- Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Canisiusschule Ahaus
- Mitglieder des WLV Borken
- Vorstand des Bürgerverein Wersen (Antrittsbesuch Krautkönig)
- Mitglieder der CDU Westerkappeln
- Studierende der FH Münster
- Schüler der Wirtschaftsschulen Steinfurt
- Politisch Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Münsterland
- Schülerinnen und Schüler des Mariengymnasiums Bocholt
- Studieninstitut Münster
- Schülerinnen und Schüler des Berufskolleg Warendorf

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: [www.markus-pieper.eu](http://www.markus-pieper.eu)

## *Zu guter Letzt ...*

### **Rückblick: Was hat die EU im letzten Jahr für Sie erreicht?**

Anschaulich und multimedial stellt die EU-Kommission die wichtigsten Errungenschaften der EU im zu Ende gehenden Jahr vor. Die Themen reichen von der Erforschung neuer Behandlungsmethoden für Demenz bis hin zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise. „Die im Jahrbuch enthaltenen Beispiele veranschaulichen, dass die EU positive, vorzeigbare Ergebnisse für unseren Alltag als Bürger, Verbraucher und Berufstätige hervorbringt“, erklärte EU-Kommissionsvizepräsidentin Margot Wallström, zuständig für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8920\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8920_de.htm)